

Steuerfreiheit für Leistungsträger: Kärntens Appell zur Ausgabenkürzung!

Kärntens Wirtschaftskammerpräsident Mandl widerspricht Steuererhöhungen für die Budgetsanierung und fordert Ausgabenkürzungen.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Österreich steht vor einer finanziellen Bewährungsprobe: Der aktuelle Übergangs-Finanzminister Gunter Mayr hat bestätigt, dass das Budget im kommenden Jahr saniert werden muss, um den EU-Vorgaben gerecht zu werden. Bis zu drei Milliarden Euro fehlen, und damit erwartet die nächste Regierung erhebliche Herausforderungen. Laut neuen Prognosen der Forschungsinstitute Wifo und IHS wird das Land auch 2025 unter einem hohen Neuverschuldungsdruck stehen. Das Finanzministerium hat kürzlich die Prognose auf ein Defizit von 3,3 Prozent korrigiert, was einer zusätzlichen Belastung von etwa zwei Milliarden Euro entspricht, wie **derStandard.at** berichtet.

Forderung nach Ausgabensenkungen

Inmitten dieser Budgetkrise spricht sich der Präsident der Kärntner Wirtschaftskammer, Jürgen Mandl, gegen Steuererhöhungen aus und fordert stattdessen eine drastische Reduzierung der Staatsausgaben. Er betont, dass der Fokus der Budgetsanierung auf den enormen Ausgaben liegen müsse. „Würde Österreich seine Förderquote auf den EU-Durchschnitt senken, könnte man bereits drei Milliarden Euro einsparen,“ so Mandl. Zusätzlich fordert er die Abschaffung des Klimabonus, um weitere zwei Milliarden Euro einzusparen. Er lehnt neue Steuern ab und stellt klar, dass zusätzliche Belastungen für Bürger und Unternehmen der falsche Weg wären, um das Budgetdefizit zu schließen, wie **ots.at** berichtet.

Mandls klare Botschaft: „No new taxes!“. Statt Steuererhöhungen plädiert er für eine Neuvermessung des Gerechtigkeitsbegriffs und eine bessere Anerkennung der Leistungsträger, welche bereits einen Großteil der Steuereinnahmen beitragen. Er fordert eine ehrliche Debatte über Gerechtigkeit und Ansprüche und kritisiert das aktuelle System, in dem die Leistungsträger oft hintenangestellt werden. Um Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und Wohlstand zu schaffen, schlagen Mandl und andere Experten steuerfreie Überstunden und abgabenfreies Arbeiten im Alter vor. Die kommenden Wochen werden zeigen, ob die neue Regierung diese Vorschläge aufgreifen kann, um die finanziellen Herausforderungen anzugehen.

Details	
Vorfall	Finanzmarkt
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.derstandard.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at